

PROTOKOLL

über die 19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 11.12.2012 im Bürgerhaus Assenheim

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 22:25 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2)
(26 Mitglieder)

Ursula Einhoff
Michael Hahn
Torsten Hahn
Silke Merz
Hans-Joachim Mücke
Florian Porth
Stephanie Rotter
Reinhard Schwarz
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Erland Kalbhenn
Heinz Kimmel
Stefan Koschorr
Rolf Lamade
Christian Osmalz
Andreas Momberger
Dr. Dirk Schneider
Elke Steppan
Christoph Preiser
Markus Nikleniewicz
Dennis Brechtel
Dieter Eisenberg
Oliver Seuss
Roland Gosebruch
Barbara Feige
Matthias Feige

es fehlten: Gerhard Einhoff - entschuldigt
Petra Kremer - entschuldigt
Oliver Herbert - entschuldigt
Achim Saßmannshausen - entschuldigt
Lutz Sierach

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Kurt Meisinger
Arno Menk
Kai Rauscher
Herbert Porth
Erhard Reiter

es fehlte: Renate Fritz-Mann - entschuldigt

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

- (1) Mitteilungen
- (2) Haushaltsführung der Stadt Niddatal
 - a) Aufhebung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 13.3.2012 - Haushaltssperre
 - b) Beschluss des Ersten Nachtragshaushaltes 2012 (Bericht aus HuF vom 26.11.2012)
- (3) Vorlage des Haushaltes 2013
- (4) Akteneinsichtsausschuss Kita Assenheim - Vorlage des Schlussberichtes
- (5) Betreuungsschule Assenheim (Bericht aus HuF vom 4.12.2012)
Beschluss über die Anmietung der Liegenschaft Zuseweg 2
- (6) Trauerhalle Assenheim (Bericht HuF und BauA 4.12.2012)
Beschluss des Sanierungs- und Nutzungskonzeptes
- (7) Vorplatz Bürgerhaus Assenheim (Vorlage-Nr. 84/2012)
Beschlussfassung über die Gestaltungsvariante
- (8) Achte Änderung des Bebauungsplanes A 3 „Westliche Randgebiete“
Niddatal, Stadtteil Assenheim (Vorlage-Nr. 45/2012
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB aus STVV 26.6.2012)
- (9) Bebauungsplan A 3 „Westliche Randgebiete“ Niddatal, Stadtteil Assenheim
Beschluss über die Öffnung des Straßenteilstücks (Vorlage-Nr. 44/2012
„Verlängerung Wintersteinstraße“ aus STVV 26.6.2012)
- (10) Antrag der Fraktion B'90/ Die Grünen (Bericht HuF vom 4.12.2012)
Nutzung der Hausmeisterwohnung der GSS (Vorlage-Nr. 74/2012
aus STVV 13.11.2012)
- (11) Antrag der Fraktion B'90/ Die Grünen
Einsparmöglichkeiten bei der Straßen- und Wegebeleuchtung (Vorlage-Nr. 83/2012)
- (12) Anfrage der Fraktion B'90/ Die Grünen
Kostentragung bei den Sporthallen (Vorlage-Nr. 16/2012)

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal. Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 18. Sitzung am 13.11.2012 werden keine Einwände vorgebracht und somit gilt es als beschlossen.

Florian Porth meldet sich zu Wort. Er bezieht sich auf die 15. Sitzung des Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen (= BauA), dass die heute zur Diskussion stehenden Punkte 8 und 9 bereits am 13.8.2012 auf der Tagesordnung standen. Als Ergebnis hierüber wurde protokolliert: „... die Tagesordnungspunkte 2 und 3 (heute 8 und 9) werden vertagt, bis der Magistrat die Sach- und Rechtslage abschließend geklärt hat und dem Ausschuss einen Lösungsvorschlag unterbreiten kann.

Bürgermeister Dr. Hertel weist darauf hin, dass diese beiden Punkte auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 22.8.2012 stehen und der Magistrat bis dahin ein Ergebnis vorlegen kann. Die wiederholte Beratung im Ausschuss wäre seiner Meinung nach nicht erforderlich.

Die Abstimmung hierzu ergab: 5 Ja- und 3 Nein-Stimmen, dass diese beiden Punkte vertagt werden. “

Danach wurden keine weiteren Gespräche mehr über dieses Thema geführt. -- Weiter äußert Florian Porth sein Unverständnis, warum diese Punkte ohne Abstimmung mit dem BauA heute wieder auf der Tagesordnung stehen. Er beantragt daher, den **TOP 8 und 9 abzusetzen bzw. zurückzuziehen.**

Daraufhin hat Bürgermeister Dr. Hertel beantragt, den **Ältestenrat einzuberufen.**

Der Stadtverordnetenvorsteher bestätigt, dass diesem Antrag stattgegeben wird.

Nach dieser Unterbrechung haben sich die einzelnen **Fraktionen ebenfalls für eine kurze Beratung zurückgezogen.**

Danach hat der Stadtverordnetenvorsteher den zuvor gestellten Antrag auf Absetzung des TOP 8 und TOP 9 zur Abstimmung gestellt.

Ergebnis: 16 Ja- 10 Nein-Stimmen = somit wurde der Antrag angenommen

Weitere Änderungswünsche zur heutigen Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

(1) Mitteilungen

Bürgermeister Dr. Hertel hat folgende Mitteilungen des Magistrates:

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 21.11.2012 beschlossen, folgende Aufträge zu erteilen

Neubau Feuerwehrgerätehaus Kaichen

- Firma SENZEL, Niddatal - Durchführung der Außenanlage

Erweiterung Kita Kaichen

- Ingenieurvertrag mit Daniela Wagner, Architektin - für die Sanierungs- und Erweiterungsplanungen

Sanierung Trauerhalle Assenheim

- Ingenieurvertrag mit Daniela Wagner, Architektin - für die Sanierungsplanungen

Trauerhalle Assenheim - Ensembleschutz

In der 19. Sitzung des BauA hat Hans-Joachim Mücke (Ausschussmitglied) berichtet, dass er mit Frau Schubert von der Oberen Denkmalbehörde über die „Unter-Schutz-Stellung“ der Trauerhalle gesprochen habe. Dabei wurde ihm gesagt, dass es noch nicht sicher sei, dass das Ensemble geschützt werde.

Auf Nachfrage bei dieser Behörde wurde uns später schriftlich mitgeteilt, dass das Eintragungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei. Aber man könne ohne weitere Formalitäten davon ausgehen, dass es sich hier um ein „Kulturdenkmal“ handelt und „als gültige fachliche Aussage der Denkmalfachbehörde zu bewerten ist.“

Bürgerentscheid Zweifeld-Halle

Seit dem 10.12.2012 besteht die Möglichkeit, am Wahlverfahren zum Bürgerentscheid teilzunehmen.

DIN-Maße einer Einfeld-Halle:

In einer der letzten BauA-Sitzungen hat Dieter Eisenberg behauptet, der Wetteraukreis habe in seiner Sitzung am 10.11.2012 einen Vertrag mit der Gemeinde Altstadt zur Errichtung einer Einfeld-Halle nach DIN-Maßen abgeschlossen. In diesem Zusammenhang wollte Herr Eisenberg die DIN-Maße wissen, nach denen die Halle gebaut werden wird. -- Der Bürgermeister hat Herrn Eisenberg widersprochen und darauf verwiesen, dass diese Entscheidung erst in der Dezember-Sitzung des Kreistages terminiert ist.

Die DIN-Maße für eine Einfeld-Halle lauten: 15 x 27 x 5,5 Meter.

Zur Kenntnis: für eine Zweifeld-Halle: 22 x 44 x 7 m

für eine Dreifeld-Halle: 27 x 45 x 7 m

Kita Assenheim - Nebenkosten

Für die Kita Assenheim wurden die angefallenen Nebenkosten in 2010 und 2011 aufgelistet (siehe Seite 3) und an alle Sitzungsteilnehmer heute verteilt.

Hierzu sagt der Bürgermeister: Diese Kosten belaufen sich insgesamt in 2010 auf rd. 12.400 Euro und in 2011 auf rd. 14.500 Euro und teilen sich im Verhältnis etwa 40 % für die Betreuungsschule und 60 % für die Kita Assenheim auf.

Dieter Eisenberg möchte nun wissen, ob es sinnvoll wäre, die Betriebskosten für die Betreuungsschule Mäusezahn vom Kreis zurückzufordern? Bei vergleichbaren Einrichtungen, die in Schulgebäuden untergebracht sind (ca. 90 %), trägt der Kreis diese Kosten.

Antwort: Diese Frage, ob es Sinn mache, lässt sich so jetzt schwer beurteilen. Die Aussage des Kreises in einem ähnlich gelagerten Fall in Bad Vilbel lautet, dass man nicht bereit ist, Kosten für die Betreuung von Schulkindern (also für solche Einrichtungen) zu übernehmen. Man sehe sich hierzu nicht in der Pflicht. Ob dafür eine rechtliche Grundlage gegeben ist, würde er bezweifeln. Man sollte hier andere Überlegungen anstellen.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann gibt eine kurze Information, dass die ausstehenden Protokolle über die Ausschuss-Sitzungen noch in Arbeit sind, da Frau Keil mit anderen Schreibaarbeiten für die Eröffnungsbilanz zur Zeit überlastet ist.

(2) **Haushaltsführung der Stadt Niddatal**

- a) **Aufhebung des Stadtverordnetenbeschluss vom 13.3.2012 (Haushaltssperre)**
- b) **Beschluss des Ersten Nachtragshaushaltes 2012**

Punkt a)

Michael Hahn teilt hierzu mit: Diesen Beschluss hat die CDU-Fraktion schon in die Haushaltsberatungen eingebracht, d.h. sie hat sich in der Vergangenheit mehrfach Gedanken darüber gemacht, wo noch Einsparpotential vorhanden sein könnte. In diesem Zusammenhang berichtet er über ein Gespräch mit einem Dezernenten der Stadtverwaltung Wuppertal, wo er Hintergrundinformationen zum Thema „Einsparungen im Bürgerhaushalt“ bekommen habe und daraus auch Beispiele für Niddatal ableiten konnte. Weiter hat er deutlich gemacht, warum und wieso seine Fraktion der jetzt angestrebten Aufhebung der Haushaltssperre nicht zustimmen wird. –

Für den **Haushalt 2013** werde man sich verstärkt um **mehr Kontrollmaßnahmen** einsetzen, hat er noch abschließend angekündigt.

Dr. Dirk Schneider hat sich ebenfalls ausführlich zu diesem Thema geäußert. Er hat daran erinnert, dass man schon vor einem Jahr angemahnt habe, die Haushaltskonsolidierung effektiver umzusetzen. Er sehe hier klare Versäumnisse des Parlaments, aber auch in der Stadtverwaltung und hat nochmals gefordert, dass einige Leistungen einer kritischen Betrachtung unterzogen werden sollen, d.h. dann auch Kürzungen vorzunehmen sind. Abschließend stellt er die Frage, lassen wir den Haushaltsbegleitbeschluss so bestehen und werden im nächsten Jahr ansatzweise Teile davon umsetzen, oder betrachten wir das Ganze jetzt als Makulatur und streichen den Begleitbeschluss?

Bürgermeister Dr. Hertel entgegnet, dass die Verwaltung bzw. der Magistrat sehr wohl wissen, dass Einsparungen in verschiedenen Bereichen dringend notwendig sind. Aber für die jeweiligen Umsetzungen sind letztendlich die Beschlüsse ausgeblieben. Auch hat er auf die Ausschüsse verwiesen, wo einzelne Leistungen schon zur Disposition standen. -- Nicht nur die Verwaltung, der Magistrat und der Kämmerer sind hier gefragt, diese Thematik geht uns alle an. Wir müssen solche Entscheidungen auch nach Außen vertreten können, gab er noch als mahnenden Hinweis.

Michael Hahn hat mit seiner Definition dargelegt, welche Zuständigkeiten und Entscheidungen dem Parlament und der Verwaltung bzw. dem Kämmerer zuzuordnen sind.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nun abstimmen, wer der **Aufhebung des Stadtverordnetenbeschluss vom 13.3.2012** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 8 Ja- 7 Nein-Stimmen 11 Enthaltungen = somit so beschlossen

Punkt b)

Michael Hahn geht noch einmal auf das vorherige Abstimmungsergebnis ein und erklärt, warum die CDU-Fraktion mit Enthaltung gestimmt hat. Er verweist auf die Kommunalaufsicht und dass bei einem Mehrheitsbeschluss für die Aufhebung des Stadtverordnetenbeschluss das Abstimmungsergebnis rechtlich angreifbar wäre. Weiter hat er noch seine Interpretation zu den Begriffen **„Einsparen“** und **„Mehreinnahmen“** erläutert. Wenn man z.B. bei den Ausgaben kürzt, spart man; erhöht man hingegen die Einnahmen (wie die Grundsteuern usw.), muss hiervon auch ein höherer Anteil an den Wetteraukreis abgeführt werden, d.h. die „Mehreinnahmen“ werden dadurch wieder reduziert.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **Ersten Nachtragshaushalt 2012** seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 10 Ja- 8 Nein-Stimmen 8 Enthaltungen
= somit ist der Nachtragshaushalt beschlossen**

(3) Vorlage des Haushaltes 2013

Bürgermeister Dr. Hertel hat den **Haushalt 2013** vorgestellt und mit seiner „Einbringungsrede“ kommentiert. Nachfolgend einige Auszüge aus diesen Erläuterungen:

Die letzten Haushaltsjahre waren durch die Wirtschafts- und Finanzkrise stark geprägt und die Auswirkungen hiervon sind in dem heute eingebrachten Haushaltsplan immer noch sehr deutlich spürbar.

Bei den Steuereinnahmen konnten wir nur bei der Einkommensteuer eine leicht positive Entwicklung verzeichnen, wohingegen unsere Erwartungen bei der Gewerbesteuer noch nicht zufriedenstellend sind.

Als vordringliche Aufgabe für die kommenden Jahre ist und bleibt der Ausgleich des Ergebnishaushaltes. Unsere Anstrengungen müssen sich daher auf eine ernsthafte und nachhaltige Haushaltskonsolidierung konzentrieren. Wir müssen alle beeinflussbaren Positionen, auch die freiwillige Leistungen unserer Stadt, einer kritischen Prüfung unterziehen.

Weiter hat der Bürgermeister mit den Planzahlen für die Jahre 2013 bis 2015 aufgezeigt, wie sich die Fehlbeträge in den Ergebnishaushalten zukünftig darstellen werden. Ungeachtet dieser Entwicklung sollten wir uns auch weiterhin als attraktive Wohn-gemeinde präsentieren, sagt er. Daher sind im Finanzhaushalt auch neue Investitionen in verschiedenen Bereichen vorgesehen, wie z.B. die Errichtung eines Pflegeheimes mit Betreutem Wohnen, Ansiedlung eines Discounters usw.

Abschließend beantragt Bürgermeister Dr. Hertel, den Haushalt 2013 ohne Aussprache in den HuF zu überweisen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Antrag, den Haushalt 2013 ohne Aussprache in den HuF zu überweisen, seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen = einstimmig in den HuF überwiesen

(4) Akteneinsichtsausschuss Kita Assenheim - Vorlage des Schlussberichtes

Dieter Eisenberg berichtet als Vorsitzender dieses Ausschuss, dass in der Sitzungseinladung leider ein Fehler enthalten ist, weshalb ein Sitzungsmitglied beantragt hatte, die Sitzung nicht stattfinden zu lassen. Nach Abstimmung, ob dem stattgegeben werden soll (1 Ja- 5 Nein-Stimmen 1 Enthaltung), konnte die Sitzung fortgesetzt werden. Zu dem Verlauf selbst bezieht er sich auf zwei Änderungsanträge seiner Fraktion aus dem CDU-Bericht (= Gruppenaufteilung im Kindergarten, Betreuungsangebot des Schulträgers). Diese Anträge wurden nach Abstimmung mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung dann in den CDU-Bericht als Beschlussempfehlung aufgenommen, über den die Stadtverordnetenversammlung heute Abend diskutieren und abstimmen möchte.

Andreas Momberger bestätigt, dass die SPD den Bericht der CDU zur Kenntnis genommen und seine Fraktion darüber diskutiert hat. Man habe hierzu eine schriftliche Bewertung verfasst, in der auch größtenteils dem Inhalt zugestimmt wurde, allerdings bis auf den Teil, wo man anderer Meinung ist. Man möchte, dass der SPD-Bericht in das Protokoll aufgenommen wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, dass seiner Meinung nach eine Beschlussfassung heute Abend nicht erforderlich sei. Fakt ist, dass der Akteneinsichtsausschuss einen Schlussbericht vorgelegt und das Parlament diesen zur Kenntnis genommen hat. Weiterer Handlungsbedarf erübrige sich damit. –

Der „Minderheiten-Bericht der SPD“ wird dem Protokoll beigelegt.

(5) Betreuungsschule Assenheim
Beschluss über die Anmietung der Liegenschaft Zuseweg 2

Michael Hahn erklärt zu Beginn dieser Debatte, dass der Ausschussvorsitzende sich für heute Abend entschuldigen lässt. - Da Unterlagen fehlten, konnte dieser Punkt vorher nicht im Ausschuss behandelt werden und er beantrage daher, diesen TOP heute abzusetzen.

Bürgermeister Dr. Hertel sagt, es sei richtig, dass der Mietvertrags-Entwurf vor der Ausschuss-Sitzung noch nicht verteilt wurde, wovon er allerdings ausgegangen war. Er habe sich noch am gleichen Abend bemüht, diesen Vertrag per E-Mail an die jeweiligen Empfänger zu versenden. Weiter fragt er, ob das nicht rechtzeitige Vorliegen des Vertragsentwurfes zum Anlass genommen wird, eine zügige Fortsetzung der Verhandlungen mit Familie Werner zu verzögern? Von der Stadt erwartet unser Vertragspartner, dass wir die Ernsthaftigkeit an dem Projekt U3-Betreuung signalisieren.

Michael Hahn erinnert mit anderen Beispielen daran, dass notwendige Unterlagen für Diskussionsrunden in Ausschüssen unerlässlich sind und die Teilnehmer sich **vorher** damit auseinandersetzen müssen.

Florian Porth nimmt Bezug auf die Antragstellung im HuF, dass dieser Punkt abgesetzt werden soll. Er weist darauf hin, dass wir uns mit dem 12-seitigen Mietvertrag (Entwurf) für einen längeren Zeitraum festlegen würden. Wir als Parlamentarier können uns mit solch einem umfangreichen Elaborat nicht in kürzester Zeit dafür oder dagegen aussprechen - das bedarf schon einer gründlicheren Überlegung. Zu den Punkten 8 und 9 sagt er noch, dass dieser Vorgang bei ihm im BauA liege und er warte, dass man ihn bei Aussprachen hierüber hinzuzieht.

Dr. Dirk Schneider hat den Mietvertrags-Entwurf durchgesehen und einige Anmerkungen vorgebracht, die noch überarbeitet werden müssen. Diesen Vertrag sollten wir so nicht genehmigen. Ebenso plädiert Markus Nikleniewicz dafür, sich in den Ausschüssen eingehend mit dem Vertrag zu befassen.

Der Bürgermeister widerspricht dem Vorwurf, „es werde wieder mal etwas untergeschoben“! Er möchte schon wissen, was hiermit gemeint ist und auch in der Vergangenheit gewesen sein soll. Es geht doch heute Abend darum, dass das Parlament beschließt, der Magistrat und Ausschuss mögen sich weiter mit dem Vertragsentwurf beschäftigen, um einen für alle Seiten tragbaren Kompromiss auszuarbeiten.

Roland Gosebruch hat sich zu Beginn seiner Ausführungen geäußert, „er sei etwas verwirrt“, da doch anfangs erklärt wurde, wir mögen ein „unverbindliches Zeichen setzen“, und andererseits wird gesagt, dass mit diesem Zeichen der potentielle Vermieter eine Sicherheit erlangen möchte. Das passt nun nicht zusammen! Ihm stelle sich weiter die Frage, wozu benötigt der Magistrat jetzt einen Beschluss?

Der Magistrat bzw. Dr. Hertel sind doch schon in die Verhandlungen mit Herrn Werner eingebunden. Dann gibt es schon den Entwurf eines Mietvertrages, Gespräche wurden geführt hinsichtlich eines Sonderkündigungsrechts und über div. anderer Punkte, die in den Vertrag noch aufgenommen werden sollen oder können. – Also da sind schon Einzelheiten ohne unseren Beschluss besprochen worden. Somit müssen wir uns (das Parlament) fragen, für was sollen wir noch einen Beschluss fassen? - Was anderes wäre, wenn wir zu beschließen hätten, sämtliche Verhandlungen mit Herrn Werner sind abubrechen. Das wäre allerdings als ein anderes und deutliches Zeichen anzusehen. Aber das offenkundige Interesse der Stadt ist doch, erst einmal auszuloten, ob die Anmietung dieser Liegenschaft eine taugliche Lösung sein kann.

Bürgermeister Dr. Hertel entgegnet, dass mit diesem Procedere die Außendarstellung unserer Stadt aufgezeigt werden soll. Nicht nur Herr Werner, sondern auch andere Personen haben uns darauf angesprochen. Er nannte in diesem Zusammenhang Beschlüsse, die zuvor im Magistrat und Ausschuss befürwortet, letztendlich dann in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt wurden -- z.B. das Gollberg-Projekt. Weiter sagt er zu dem angesprochenen Punkt von Herrn Hahn hinsichtlich der Magistratszuständigkeit. Laut einem kürzlichen Beschluss benötigen wir für alle freiwilligen Leistungen das Votum des Parlaments, was in dem erwähnten Fall auch zutreffend ist.

Nach weiteren Wortmeldungen und Diskussionen ist man übereingekommen, den gesamten Vorgang zur weiteren Abklärung in den HuF zu überweisen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt daher abstimmen, wer dem Vorschlag, **TOP 5 in den HuF zu überweisen**, seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 16 Ja- 9 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = so überwiesen

P a u s e : von 21:50 - 22:00 Uhr

**(6) Trauerhalle Assenheim
Beschluss des Sanierungs- und Nutzungskonzeptes**

Florian Porth berichtet über die gemeinsame Sitzung des HuF mit dem BauA am 4.12.2012, wo dieser Punkt zur Diskussion stand. Danach wurde der Antrag gestellt, dass die Trauerhalle betriebs- und substanzerhaltend saniert werden soll. Auf Anregung von Herrn Gosebruch soll der Umbau der alten Halle erst nach Fertigstellung der neuen Halle mit Integrierung einer Urnenwand erfolgen. Die Abstimmung hierfür ergab: 10 Ja-Stimmen 1 Gegen-Stimme.

Nachdem es hierzu keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen, wer diesem Beschlussvorschlag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 23 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = so beschlossen

**(7) Vorplatz Bürgerhaus Assenheim
Beschlussfassung über die Gestaltungsvariante**

Bürgermeister Dr. Hertel weist darauf hin, dass dieser Punkt noch nicht zur endgültigen Beschlussfassung im Ausschuss war und der Magistrat daher darüber abstimmen lassen möchte, für welche der beiden Gestaltungsvarianten man sich entscheidet.

Florian Porth fügt an, dass in dem „Vorschlag Mücke“ die Parkplätze noch nicht endgültig festgelegt sind. Hierzu möchte man erst mit Frau Sistenich (Behindertenbeauftragte) Rücksprache halten.

Markus Nikleniewicz erklärt, dass er beide Vorschläge nicht befürworten kann. Seiner Meinung nach müsste ein Gesamtkonzept erarbeitet werden, wo dann auch noch weitere Vorschläge (die er nannte) berücksichtigt werden sollten.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, **wer dem „Entwurf Stadt“** seine Zustimmung geben möchte:

Ergebnis: 9 Ja- 11 Nein-Stimmen 6 Enthaltungen = somit abgelehnt

wer dem „Entwurf Mücke“ seine Zustimmung geben möchte:

**Ergebnis: 8 Ja- 8 Nein-Stimmen 10 Enthaltungen
= bei Stimmgleichheit ebenfalls abgelehnt**

**(8) Achte Änderung des Bebauungsplanes A 3 „Westliche Randgebiete“
Niddatal, Stadtteil Assenheim - Aufstellungsbeschluss
= wurde zurückgezogen (siehe hierzu Seite 3)**

**(9) Bebauungsplan A 3 „Westliche Randgebiete“ Niddatal, Stadtteil Assenheim
Beschluss über die Öffnung des Straßenteilstücks
= wurde zurückgezogen (siehe hierzu Seite 3)**

**(10) Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen
Nutzung der Hausmeisterwohnung der GSS**

Dieter Eisenberg berichtet, dass im Ausschuss hierüber kontrovers diskutiert und nach Abstimmung (4 : 4) der Vorschlag abgelehnt wurde. Wir können jedoch heute Abend diese Beschlussempfehlung noch „drehen“, sagt er und erläutert, dass nach dem Bebauungsplan damals genau vorgegeben wurde, welches Gelände für Schulzwecke gewidmet ist. Auf diesem Areal steht auch das Haus für den Hausmeister. Dies ist sozusagen eine Nebenanlage für Schulzwecke und ist seit etwa 15 / 16 Jahren als Privatwohnung an den früheren Hausmeister vermietet. Wie in diesem Zusammenhang schon erwähnt, wurde in einem Protokoll vom 19.5.2009 bereits darauf hingewiesen, diese Räumlichkeiten der früheren Hausmeisterwohnung zukünftig für Betreuungszwecke von Schulkindern nutzen zu können.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Antrag wie vorgenannt seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 16 Ja- 7 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen = somit so beschlossen

**(11) Antrag der Fraktion B'90/ Die Grünen
Einsparmöglichkeiten bei der Straßen- und Wegebeleuchtung**

Dennis Brechtel erläutert, welche Überlegungen man zu diesem Thema in Betracht gezogen hat. Man sehe z.B. bei der öffentlichen Beleuchtung Einsparpotential, wenn man zeitweise abschaltet und auf moderne LED-Technik umrüstet. Diese Möglichkeiten werden z.T. schon in anderen Kommunen genutzt. Wie er weiter vorschlägt, möchte man im BauA gemeinsam nach weiteren Lösungen suchen, wie Einsparmöglichkeiten bei den Straßen- und Wegebeleuchtungen sinnvoll umgesetzt werden können.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Antrag auf Überweisung in den BauA seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 23 Ja- 2 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = somit überwiesen

**(12) Anfrage der Fraktion B'90/ Die Grünen
Kostentragung bei den Sporthallen**

Bürgermeister Dr. Hertel hat zu dieser Anfrage wie folgt Stellung genommen:

1) *Gibt es für alle drei Hallen Verträge?*

Antwort: Es gibt keine schriftlichen Verträge.

2) *Was zahlt die Stadt jährlich je Halle ?*

Antwort: Die Stadt zahlt nichts.

Dieter Eisenberg ergänzt seine Fragestellungen noch damit, ob Bestrebungen bekannt seien, dass bei Nutzung von Vereinen die Gemeinden dafür zahlen sollen, obwohl die Hallen dem Kreis gehören ?

Antwort: Ja.

Weitere Frage: Halten Sie diese Pläne für in Ordnung ?

Antwort: Ja.

Das war der letzte Punkt der heutigen Tagesordnung und der Stadtverordnetenvorsteher erklärt um 22:25 Uhr die Sitzung für beendet.

Das Jahr neigt sich dem Ende zu und Hans-Peter Wittmann richtet noch ein paar persönliche Worte an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

Zu Beginn erinnert er an die kleinen Laternen mit dem Friedenslicht aus Bethlehem, „wofür im vergangenen Jahr noch etwas Geld vorhanden war“ und wünscht allen Mitgliedern noch eine schöne Adventszeit.

Für das bevorstehende Weihnachtsfest wünscht er allen und den Familienangehörigen ebenso schöne und gesegnete Feiertage, sowie zum Jahreswechsel Glück, Zufriedenheit und all das, was Sie sich und auch für unsere Stadt wünschen.

Auch bedankt sich Hans-Peter Wittmann wieder ganz herzlich für die im Jahresverlauf engagierte und konstruktive Mitarbeit, die allen Beteiligten sicherlich viel Freizeit abverlangt hat.

Hans-Peter Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Hannelore Gunkel
Schriftführerin